

# Fiskalpakt gebilligt – Ausweitung des Euro-Krisenfonds erwartet

Monti: Wende in der Position Deutschlands / Juncker: Neue Ernsthaftigkeit

hmk./wmu./mas. BRÜSSEL/BERLIN, 31. Januar. Nach der Billigung des neuen EU-Fiskalpakts sind in der EU Erwartungen geäußert worden, dass der neue EU-Krisenfonds ESM in absehbarer Zeit zusätzliche Finanzmittel erhalten wird. EU-Ratspräsident Van Rompuy verwies darauf, dass auf dem kommenden EU-Gipfel Anfang März geprüft werde, ob das bisher geplante ESM-Volumen von 500 Milliarden Euro ausreiche. Bis dahin seien es nicht einmal mehr fünf Wochen. Der italienische Ministerpräsident Monti zeigte sich zuversichtlich, dass Deutschland einer ESM-Ausweitung zustimmt. „Wir bemerken eine Wende in der Position Deutschlands“, sagte er nach dem Gipfeltreffen. Italien selbst werde allerdings kein Geld aus dem Fonds brauchen. „Wir schauen nicht auf die europäischen Krisenfonds mit dem Auge desjenigen, der denkt, Geld aus diesen Fonds zu benötigen“, sagte Monti.

Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten in der Nacht zum Dienstag den Fiskalpakt beschlossen. Der völkerrechtliche Vertrag, auf dem der Pakt beruht, soll nun von 25 Staaten unterzeichnet werden. Neben Großbritannien will sich auch die Tschechische Republik nicht beteiligen. Ministerpräsident Nečas führte vertragsrechtliche Vorbehalte an, weil der Pakt nicht mit EU-Recht vereinbar sei. Mit dem Fiskalpakt verpflichten sich die Teilnehmerstaaten zur Übernahme einer Schuldenbremse in nationales Recht. Außerdem bekennen sie sich zur Haushaltsdisziplin. Länder, die am Fiskalpakt teilnehmen, aber nicht Mitglied der Währungsunion sind, sollen unter bestimmten Bedingungen gelegentlich an den künftig regelmäßig geplanten Euro-Gipfeln teilnehmen können.

Der luxemburgische Premierminister und Vorsitzende der Euro-Gruppe, Juncker, sprach nach dem Treffen von einer

„neuen Ernsthaftigkeit“ bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Bundeskanzlerin Merkel sagte, die EU sei ein „kleines, aber feines Stück“ auf dem Weg zu mehr Glaubwürdigkeit gegangen. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen ferner einige Bekenntnisse für neue Wachstums- und Beschäftigungsinitiativen in den Mitgliedstaaten.

Nur am Rande wurde auf dem Gipfel über die Lage in Griechenland gesprochen. Mehrere Teilnehmer gaben aber ihrer Hoffnung Ausdruck, dass noch in dieser Woche die Weichen für ein zweites Hilfsprogramm für Athen gestellt werden könnten. Der griechische Ministerpräsident Papademos schloss die Notwendigkeit zusätzlicher Finanzhilfen für sein Land nicht aus. Ob weiteres öffentliches Geld gebraucht werde, sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar, sagte er. *(Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe Seite 3 und Wirtschaft, Seite 9.)*